

Hoher Ölpreis bedroht Europas Wirtschaft

tim. FRANKFURT, 16. November. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat davor gewarnt, dass die gestiegenen Ölpreise europäische Wirtschaften gefährden können. Die fragile Erholung in Europa sei bedroht, sagte die IEA-Vorsitzende Maria van der Hoeven am Mittwoch in Tokio. Dieses Jahr sei das Ölangebot zunehmend gesunken, die Lagerreserven hätten abgenommen. Mehr als die europäischen Industriestaaten seien aber die Entwicklungsländer davon betroffen, das die Ölpreise zulegen. Die IEA hatte zuvor schon prognostiziert, dass der globale Ölverbrauch bis zum Jahr 2035 um 15 Prozent steigen wird. Der Ölverbrauch beträgt derzeit rund 90 Millionen Barrel am Tag. Am Mittwoch kletterte der Preis für amerikanisches WTI erstmals seit Juli wieder über die Marke von 100 Dollar je Barrel (je 159 Liter). Der Sorte Brent etwas nach. Brent-Öl kostete am Mittwoch rund 111 Dollar je Barrel. Seit Jahresanfang hat es sich um 17 Prozent verteuert.

Schadensersatzklage gegen West LB

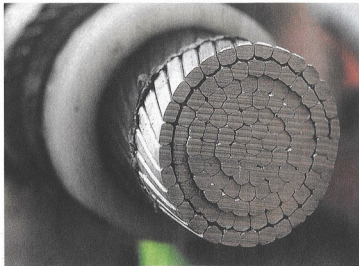
St. DÜSSELDORF, 16. November. Der vor der Zerschlagung stehenben West LB droht eine Welle von Schadensersatzklagen von Kommunen. Nach der Stadt Remscheid, die schon 2010 wegen eines Wertes von 17 Millionen Euro in Schwergeschäften eine Klage einreichte, geht nun auch Hückeswagen gerichtlich gegen die Bank vor. Die oberbergische Kleinstadt hat beim Landgericht Köln wegen drohender Verluste von fast 20 Millionen Euro Klage eingereicht. Hückeswagen fühlt sich ermüdet durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes, in dem die Richter die Deutsche Bank wegen unzulänglicher Aufklärung über ein kompliziertes Finanzprodukt zu Schadensersatz verpflichteten. Die West LB bot Kammern zur Reduzierung des Schuldendienstes Werten auf das Wechselkursverhältnis von Euro zum Schweizer Franken an. Als der Franken in der Euro-Krise erbblich an Wert gewann, begann für die Kommunen das Unheil.

Schwieriger Anschluss unter dem Meer

Ein Pfeiler der Brücke, die die deutsche Energiewirtschaft in die Zeit nach der Kerneregie tragen soll, droht wegzuknicken. Mit der Anbringung von Windparks auf See an das Stromnetz hapert es.

mas.Aff. BERLIN/FRANKFURT, 16. November. Der Stromnetzbetreiber Tennet hat das Bundeskanzleramt, das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesumweltministerium schriftlich gewarnt, dass die Errichtung von Anschlussleitungen für Offshore-Windparks in der Nordsee in der bisherigen Geschwindigkeit nicht länger möglich ist. Als Gründe nennt er „fehlende personelle, materielle und finanzielle Ressourcen“. Man werde die bereits beauftragten Anschlussprojekte unverändert durchführen. „Die Vergabe weiterer Gleichstromanschlüsse ist dagegen in der bisherigen Geschwindigkeit und Form und bei unveränderten Rahmenbedingungen nicht möglich“, mahnte er.

Die Regierung will den Anteil von Ökostrom am Verbrauch bis spätestens 2020 auf 35 Prozent verdoppeln. Sie baut dabei stark auf Windparks auf See. Die Bundesregierung schätzt, dass mehr als 10 Milliarden Euro für den Anschluss der Offshore-Windparks benötigt werden. Die Regulierungsbehörde hält daher eine zeitnahe Anrechnung der Investitionskosten für gerechtfertigt. Das Bundeswirtschaftsministerium zeigte sich von Tenets öffentlichem Aufsehen wenig überrascht. Bei den beklagten Kapitalengpässen gelte grundsätzlich, dass die hinter Tennet stehende niederländische Staat für die ausreichende Finanzierung verantwortlich sei. Was den Rechtsrahmen betreffe, arbeite man intensiv daran, die genannten Probleme zu lösen, sagte der Sprecher von Philipp Rösler (FDP). Dazu werde Anfang 2012 das Energiewirtschaftsgesetz geändert. „Damit werden die Haftung bei Ausfall oder Verzögerung der Offshore-Anbindung begrenzt und die Investitionsbedingungen für neue Investoren verbessert.“ Auch solche kurzfristige Regulierungsverordnungen zugunsten der Netzbetreiber verbessert werden. Man prüfe, ob dies noch 2011 möglich sei. Darüber hinaus ist nach seinen Angaben geplant, die Bilanzierungsregeln für die Netze zur Anbindung von Offshore-Windparks anzupassen. Schließlich wer-



Schwer zu verlegen: Ein Stromkabel für Offshore-Windanlagen

Foto dapt

de die Bundesnetzagentur eine Lösung für die Verzögerungen bei der Errichtung von Offshore-Anbindungen anstreben. Der von Offshore-Windrädern erzeugte Strom muss an Land geschafft und in das kontinentale Verteilernetz eingespeist werden. Dazu taugen aus naheliegenden Gründen keine Freileitungen. Windkraftanlagen auf See müssen an See-beziehungsweise Erdkabel angeschlossen werden. Und je weiter ein Windrad von der Küste entfernt steht, desto aufwendiger ist der Netzanschluss. So rechnet man damit, dass ein Viertel bis ein Drittel der Investitionskosten eines Windparks auf die Netzanbindung entfallen. Bei der Anschlussleistung dominiert bisher die klassische Wechselstromverbindung. Sie taugt aber nicht für sehr weit vor der Küste installierte Windräder. Hier kommt man mit der Standardtechnik nicht aus. Das liegt am sogenannten Kondensatorverlust, der bei dicht zusammenliegenden Phasen eines Wechselstromkabels auftritt und der umso größer ausfällt, je länger das Kabel, die Spannung und die Frequenz der Spannung sind. „Negativ sind auch induktive Verluste bei Wechselstromanbindungen.“

Mit dieser Technik sind der Ostsee-Windpark Baltic 1 und der Testpark Alpha Ventus, rund 45 Kilometer vor Borkum, angeschlossen. (Erst dem noch weiter draußen in der Nordsee (für den Teil) in-

stallierten Offshorepark Bard 1 nutzt man eine Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ). Sie bietet den Vorteil, dass Probleme mit kapazitiven und induktiven Widerständen nicht existieren. Diese in der Nordsee stehende „HGÜ-Steckdose“ ist für 400 Megawatt ausgelegt. Sie kostete rund 300 Millionen Euro. Salzwasser, Feuchtigkeit und mechanische Belastungen machen die Kabelanbindungen ans Festland überdurchschnittlich störanfällig. So ist das Gros aller Versicherungsfälle auf Fehler in den Kabelverbindungen zurückzuführen. Extrem stark belastet werden die Kabel dort, wo sie in die stählernen Beine der Windräder eingeführt werden. Wie schwierig das Verkabeln von See-Windrädern ist, zeigen die derzeit laufenden Arbeiten an dem nach seiner Fertigstellung größten Offshore-Windpark der Welt: London Array. Er liegt rund 24 Kilometer östlich der Küsten von Essex und Kent. 175 Windanlagen (Nennleistung zusammen 630 Megawatt) werden in maximal 20 Meter tiefem Wasser aufgestellt. Bis heute sind rund 80 Fundamente gesamt, aber noch zu kalten zehn hat man Kabel legen können. Der Grund: Die Stützbäume der zum Setzen der Fundamente benötigten Hubschiffe hinterlassen tiefe Löcher, um die die Kabel sorgfältig herumgelegt werden müssen. Damit hat man nicht gerechnet.

Bankenaufsicht EBA erweitert und verschärft „Blitzstresstest“

Aufseher fürchten Kettenreaktionen nach Staatsinsolvenz

ham. FRANKFURT, 16. November. Die Europäische Bankenaufsicht EBA hat den „Blitzstresstest“ von 70 europäischen Großbanken erweitert und verschärft. Vermutlich wird ein höherer Eigenkapitalbedarf der Banken ermittelt werden, als Ende Oktober „vorläufig“ mit 106 Milliarden Euro für Europa und 5,2 Milliarden Euro für Deutschland – Commerzbank, Deutsche Bank, LBWB, Nord LB – festgestellt. Eine Sprecherin der EBA wollte diese Informationen aus Bankenkreisen nicht kommentieren. Die Veröffentlichung des endgültigen Bankkapitalbedarfs, die für die ersten Freitag geplant gewesen sein soll, erfolgt nicht. Unklar ist, ob und wie umfangreich der „Blitzstresstest“ nun Ende der kommenden Woche veröffentlicht wird. Das Vorgehen wird zwischen Banken und Aufsichtsbehörden derzeit ausgelost. Das Verhältnis zwischen der neuen Behörde EBA mit weniger als 100 Mitarbeitern sowie der deutschen Bankenaufsicht Bafin mit 2000 Mitarbeitern ist ebenso wenig spannungsfrei. Die EBA hat den deutschen Aufsichtsbankenaufsicht Bafin (FA.Z. vom 16. November).

In ihrem ersten Bankentest im Sommer hatte die EBA Staatsanleihen als Risiko nicht berücksichtigt. Im Blitzstresstest müssen die Banken nun ihre Staatsanleihen zu Börsenkursen bewerten, auch wenn diese bei Endfälligkeit gehalten werden sollen. Nach Verrechnung des Eigenkapitals mit Kursverlusten müssen die Banken bis zur Jahresmitte 2012 ein Kernkapitalquote von 9 Prozent erreichen.

Bei der Ermittlung der vorläufigen EBA-Quote zum Kapitalbedarf im Oktober konnten die Banken Gewinne etwa mit Bundesanleihen gegen Verluste etwa mit italienischen Staatsanleihen verrechnen. Diese Saldierungsmöglichkeiten werden offenbar eingeschränkt. Mehr Eigenkapitalbedarf im Vergleich zu den vorläufigen Ergebnissen wird auch erforderlich, da die höhere Bewertung von Marktpreisrisiken – als „Basel 2.5“ bezeichnet – vorerfnet vorgenommen werden muss. Auch können sich noch Änderungen bei den Risiken aus den Beständen an Staatsanleihen ergeben. Sabine Lautenschlager-Peter, Vizepräsidentin der Bundesbank, deutete schon an, der für die 13 größten deutschen Banken festgestellte Kapitalbedarf

von 5,2 Milliarden Euro könne sich in den endgültigen Berechnungen noch etwas erhöhen (FA.Z. vom 11. November). Die Unruhe in den Banken ist indes hoch, das der Kapitalbedarf deutlich höher ausfallen könnte.

Denn Bankenaufseher treibt auch die Angst vor drohenden Kettenreaktionen nach einer Staatsinsolvenz um. Daher verlangt die EBA auch Daten von den Banken darüber, welche Zahlungsausfälle sie ersetzen müssten, wie die Kreditausfallversicherungen (CDS) verkauft haben. Der Käufer einer CDS erhält vom Verkäufer den Schaden ersetzt, wenn der Schuldner seine Anleihen nicht mehr bedient. Die Gefahr einer Staatsinsolvenz wird von Bankenaufseher verstärkt ernst genommen, seitdem die Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Premier Sarkozy für Griechenland auf dem jüngsten G-20-Gipfel nicht mehr ausgeschlossen haben.

Der CDS-Markt wird sowohl auf der Käufer- als auch der Verkäuferseite von Banken beherrscht. Nach Angaben eines Bereichs des deutschen Aufsichtsbankenaufsicht Bafin erhebt sie bisher vierteljährlich die CDS-Positionen der deutschen Banken.

„Vorläufig“ wurden 106 Milliarden Euro Kapitalbedarf festgestellt. „Endgültig“ wird es wohl mehr.

Über die Positionen ausländischer Banken indes hat die Bafin kein vollständiges Bild, da Banken nur freiwillig Daten an das amerikanische Clearing-Haus Depository Trust & Clearing Corporation (DTCC) liefern. Demnach beträgt das Bruttovolumen ausstehender CDS-Kontrakte rund 28,5 Billionen Dollar. Da allerdings viele Banken CDS kaufen und verkaufen, halten manche Beobachter nicht das Bruttovolumen für relevant, sondern das Nettovolumen von Forderungen und Verbindlichkeiten entstehende Nettovolumen, das knapp 3 Billionen Dollar ausmacht. Allerdings erschwert das hohe CDS-Bruttovolumen den Bankaufsehern, die Wirkungsketten einer Schuldnersolvenz abzuschätzen. Europaweit eroberte Daten sollen ein klareres Bild ergeben.